

Mainz, 11.02.2015

Antrag 0327/2015/2 zur Sitzung Stadtrat am

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz  
(SPD, GRÜNE, FDP, ödp)**

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Antrag wird folgendermaßen ergänzt:

b) Nach Satz 1 wird eingefügt: Dieses Konzept sieht die Errichtung regulärer Wohneinheiten vor, die dezentral im Stadtgebiet verteilt sind. Es ist zu prüfen, inwiefern hierbei auf Mittel der Wohnraumförderung des Landes RLP zurückgegriffen werden kann. Weiterhin sollen alternative Wohnungsprojekte für die Flüchtlingsunterbringung geprüft und entwickelt werden. Ebenso soll in diesem Konzept eine Auflösungs- und/oder Abrissvereinbarung der Zwerchallee enthalten sein. Weiterhin sollen alternative Wohnungsprojekte für die Flüchtlingsunterbringung geprüft und entwickelt werden.

Punkte q), r), s) und t) werden hinzugefügt:

q) Die Zwerchallee soll als „Notunterkunft“ ausgewiesen werden.

r) Die Verwaltung prüft inwieweit die Zwerchallee in das soziale Stadtprogramm für die Mainzer Neustadt und Mombach aufgenommen und auf die im Bund-Länderprogramm Soziale Stadt enthaltenen Integrationsprogramme ausgeweitet werden kann

s) Die Verwaltung prüft, ob das aktuelle Konzept der Stadt Mainz zur sozialen Betreuung in Gemeinschaftsunterkünften durch ein Konzept einer aktivierenden Gemeinwesenarbeit inklusive spezieller Wohnungsvermittlungsangebote ersetzt werden kann.

t) Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeiten und Kosten einer Auflösungsvereinbarung zur Zwerchallee, die innerhalb der nächsten zwei

Jahre stattfinden soll.

u) Nach der Auflösung der Unterkunft in der Zwerchallee wird diese abgerissen.

**Begründung:**

Die Unterbringung von Flüchtlingen in die Zwerchhalle bringt viele Probleme mit sich. Die Anlage ist von einer turbulenten Geschichte geprägt und ist, auch aufgrund ihrer Lage, nicht für eine langfristige Unterbringung von Flüchtlingen geeignet. Die Ampelkoalition hat es versäumt vorsorglich für angemessene Wohnsituationen zu sorgen und sozialen Wohnraum zu schaffen. Dies machen Luxus- und Prestigeprojekte wie der Zoll- und der Winterhafen nur zu deutlich. Da die Stadt nun vor vollendeten Tatsachen steht und die Flüchtlinge dringend untergebracht werden müssen, muss die Zwerchallee wohl als notwendiges Übel angenommen werden. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass Anlagen, wie die Zwerchallee, nicht zur Regel werden und eine Schließung der Anlage sichergestellt werden. Es bedarf eines langfristigen städtebaulichen Konzepts um geeigneten Wohnraum für Flüchtlinge und Mainzer Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Es muss daher dringend deutlich mehr sozialer Wohnbau betrieben werden. Die Stadt muss ihre Verantwortung wahrnehmen und darf nicht immer kurzfristig mit kleineren Übeln auf die dramatische Situation der Flüchtlinge reagieren. Der Flüchtlingsrat Mainz hat einige Punkte als Bedingung genannt, die die Zwerchallee als vorläufige Lösung erträglicher machen. Diese Punkte sollten bei der Einrichtung der Flüchtlingsunterkunft dringend berücksichtigt werden.

Frau Rahel-Katharina Jahn